

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

10.01.2019

Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sondersitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Donnerstag, 10. Januar 2019

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:46 Uhr
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Yvonne Görs
Frau Marion Heinrich
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Jörg König
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Erik von Malottki
Frau Brigitte Witt
Frau Dr. Monique Wölk
Herr Ingo Ziola

entschuldigt

Herr Ulf Burmeister
Herr Frank Embach
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Herr Axel Hochschild
Frau Karola Lüptow
Herr Thomas Mundt

Herr Professor Dr. Thomas Treig
Frau Katja Wolter

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
5. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
6. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
7. Aktuelle Stunde oder Große Anfragen
8. Beschlusskontrolle
- 8.1. Verbilligungsrichtlinie zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus
Herr Peter Multhauf
9. Beratung der Beschlussvorlagen
- 9.1. Besetzungen
- 9.1.1. Umbesetzung Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur
Fraktion Kompetenz für Vorpommern
- 9.2. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 9.3. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 9.4. Verwendung der nicht in Anspruch zu nehmenden Mittel aus der üpl. Auszahlung Zuschuss Abwasserwerk für den Ketscherinbach (B699-26/18)
Dez. I, Amt 20
- 9.5. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik
SPD-Fraktion
- 9.6. Naturwanderweg Dänische Wiek
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 9.7. Informationen zu einer angeblichen Lücke bei der Versorgungsphase der Universitätsmedizin Greifswald
CDU-Fraktion
- 9.8. Festsetzung des Pachtzins für Kleingartenanlagen
CDU-Fraktion
- 9.9. Kein Anschlusszwang für Kleingärtner an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung
CDU-Fraktion
- 9.10. Modellbaukommune Greifswald
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 9.11. Rauchverbot auf Kinderspielplätzen
SPD-Fraktion
10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
11. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche. Das ist nicht der Fall.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 - . informiert über einen eingegangenen Widerspruch des Oberbürgermeisters.
 - . schlägt vor, dass die Bürgerschaft heute nur darüber abstimmen werde, ob sie dem Widerspruch stattgeben werde. In der Sache solle dann in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft am 21.02.2019 entschieden werden.
- Zu diesem Vorgehen sei eine Beschlussvorlage „Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss B806-31/18“ (06/1731) vorbereitet worden.
- . empfiehlt die Vorlage unter TOP 9.13 einzuordnen, sie jedoch unter TOP 9.0 zu behandeln.
 - . informiert über eine nachträgliche Vorlage „Neuaufnahme von Verhandlungen zum Hansering“ (06/1730) und schlägt vor, diese unter TOP 9.12 einzuordnen.
 - . lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage „Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss B806-31/18“ (06/1731) auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

- . lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage „Neuaufnahme von Verhandlungen zum Hansering“ (06/1730) auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	11	1

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

TOP 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Balke

- . schlägt vor, einige Modelle von Bauvorhaben anfertigen zu lassen und diese im Rathaus auszustellen, damit jeder Bürger sich informieren könne, wie die Bauvorhaben umgesetzt werden sollen und welche finanziellen Belastungen damit verbunden seien.
- . bedankt sich für die schnelle Umsetzung des Bürgerentscheides zum Museumshafen.
- . bittet, die Bürger bei der Gestaltung des Platzes ebenfalls zu involvieren.
- . regt an, die Müllbeseitigung am Ryck nach Silvester besser zu organisieren.

Frau Socher

- . informiert, dass auf der Homepage der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die

aktuellen Baumaßnahmen visualisiert und ausführlich dargestellt werden.

TOP 4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

keine

TOP 5. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . teilt mit, dass ein Mitglied der Bürgerschaft ein Abstimmungsergebnis aus der letzten Sitzung der Bürgerschaft am 17.12.2018 angezweifelt habe. Dazu gebe es eine Stellungnahme des Rechtsamtes.
- . informiert, dass, wenn eine Abstimmung erfolgt und damit ein Beschluss gefasst worden sei, nur die Möglichkeit bestehe, eine Wiederholung der Auszählung vor dem nächsten TOP zu beantragen. Spätere Anzweiflungen hätten keinen Einfluss auf den Beschluss.

Herr von Malotki

- . sagt, dass die SPD-Fraktion eine neue Vorlage mit demselben Anliegen einbringen werde.

TOP 6. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

keine

TOP 7. Aktuelle Stunde oder Große Anfragen

keine

TOP 8. Beschlusskontrolle

TOP 8.1. Verbilligungsrichtlinie zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus

06/1530.2 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B762-29/18

Frau von Busse

- . stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Stand zum Beschluss „Verbilligungsrichtlinie zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus“ vor.
(Die PowerPoint-Präsentation wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.)

Herr von Malotki

- . berichtet, dass die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ Ende 2018 ihren Maßnahmeplan aktualisiert habe. Darin sei ein wichtiger Punkt: Die Entwicklung des kommunalen Handlungskonzeptes „Bezahlbarer Wohnraum“.
- . würde sich freuen, wenn der Inhalt der PowerPoint-Präsentation in der nächsten Sitzung der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ diskutiert und dann in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft beschlossen werden könnte.

Frau Dr. Wölk

- . fragt, wie es konkret weiter gehe.
- . bittet darum, als Anlage dem Protokoll beizufügen, wie diese Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

. möchte wissen, wann damit begonnen werde, über städtische Einfluss-, Vermarktungs- und Erschließungsmaßnahmen zu diskutieren und wie dies umgesetzt werde.

Frau von Busse

. schlägt vor, dies in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung zu diskutieren.

TOP 9.13 (Seite 16) wird vorgezogen (siehe TOP 2, Seite 3)

TOP 9. Beratung der Beschlussvorlagen

TOP 9.1. Besetzungen

TOP 9.1.1. Umbesetzung Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur

06/1702 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B817-31/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Frau Diana Richter wird als Vertreterin im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur abberufen.

Herr Martin Banduch wird als Vertreter in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur berufen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Jochens befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht an seinem Platz.

TOP 9.2. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“

06/1621 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B818-31/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 1.500,00 € vom „Förderverein Pommersche Heimat e.V“ für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“. Der Betrag soll der Kindertagesstätte zur freien Verfügung stehen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Jochens befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht an seinem Platz.

TOP 9.3. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“

06/1622 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B819-31/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 1.500,00 € vom „Förderverein Pommersche Heimat e.V“ für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“. Der Betrag soll der Kindertagesstätte zur freien Verfügung stehen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Jochens befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht an seinem Platz.

TOP 9.4. Verwendung der nicht in Anspruch zu nehmenden Mittel aus der üpl. Auszahlung Zuschuss Abwasserwerk für den Ketscherinbach (B699-26/18)

06/1613

B820-31/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Multhauf

. erinnert daran, dass die hier genannte Summe zunächst der Integrierten Gesamtschule "Erwin Fischer" weggenommen worden sei. Man habe im Vorfeld gesagt, dass – falls es mehr Fördermittel geben sollte – die Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" das Geld zurückbekommen werde.

. kritisiert, dass die Angabe der Ausgaben der Erwin-Fischer-Schule im Haushalt nicht korrekt sei.

. sei nicht gegen den Bau des Archivs, aber spreche sich dennoch gegen die Beschlussvorlage aus.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt die Reduzierung der überplanmäßigen Auszahlung an das Abwasserwerk für die Renaturierung Ketscherinbach um 450.000 EUR auf 1.384.408 EUR und die Rückführung/ Verwendung der Mittel für die Ausstattung des Stadtarchivs in Höhe von 300,0 TEUR und eine üpl. Auszahlung für die Baumaßnahme Neubau Stadtarchiv in Höhe von 150,0 TEUR.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	1

Herr Jochens befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht an seinem Platz.

TOP 9.5. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik

06/1576 Die Präsidentin der Bürgerschaft

B821-31/19

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. weist darauf hin, dass der Termin der Beschlusskontrolle angepasst werden müsse.

Es wird sich auf den 11.03.2019 (Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen) geeinigt.

Herr Dr. Kerath

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beauftragt den Oberbürgermeister, die bisherige Liegenschaftspolitik neu auszurichten. Und dabei nicht nur gesetzlich eingeräumte Vorkaufsrechte in vermehrten Umfang auszuüben, sondern auch in verstärktem Maße unbebaute Flächen zu erwerben, um zukünftig Bauland ausweisen zu können.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	13	0

Frau Berger befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht an ihrem Platz.

TOP 9.6. Naturwanderweg Dänische Wiek

06/1637.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B822-31/19

Frau Berger

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Multhauf

. befürwortet die Beschlussvorlage.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landrat Vorpommern-Greifswald die Wiedereinrichtung eines Naturwanderwegs/ Naturlehrpfades entlang der Dänischen Wiek von Greifswald/ Eldena nach Ludwigsburg unter Nutzung des alten Deichverlaufs zu prüfen.

In enger Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) sowie strategischen Partnern, z.B. Michael Succow Stiftung, NABU, Naturschutzstiftung Deutsche Ostsee soll ein Konzept ausgearbeitet werden. In die Planung, Realisierung und in das langfristige Monitoring sollen die anliegenden Gemeinden einbezogen werden.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	3

TOP 9.7. Informationen zu einer angeblichen Lücke bei der Versorgungsphase der Universitätsmedizin Greifswald

06/1642 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B823-31/19

06/1707 **Herr Dr. Steffens**

B830-31/19 . bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr von Malottki

. bringt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein.

Herr Dr. Kasbohm

. spricht sich dafür aus, über beide Vorlagen abzustimmen.

. schlägt alternativ vor, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion als 2. Punkt in die Beschlussvorlage der CDU-Fraktion aufzunehmen.

Die CDU-Fraktion spricht sich dagegen aus.

Das Präsidium einigt sich darauf, über beide Vorlagen als einzelne Anträge abstimmen zu lassen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage der CDU-Fraktion abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Bürgerschaft zeitnah über in der Presse erhobenen Vorwürfe zu einer angeblichen Deckungslücke in der Versorgungskasse der Universitätsmedizin Greifswalds KÖR (UMG) zu informieren bzw. aufzuklären, ob es solche Probleme gibt. Ferner möchte der Oberbürgermeister über - wenn notwendig - mögliche Hilfen seitens der Landesregierung berichten.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	18	7

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage (ehemals Änderungsantrag) (06/1707) der SPD-Fraktion abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Greifswalder Landtagsabgeordneten sowie das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit werden gebeten die Greifswalder Bürger/ Bürgerinnen über angebliche Deckungslücken bei den Betriebsrentenansprüchen der Mitarbeiter /Mitarbeiterinnen der Universitätsmedizin zu informieren und Lösungsvorschläge zur Behebung eines Defizits vorzustellen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	10	einige

TOP 9.8. Festsetzung des Pachtzins für Kleingartenanlagen

06/1643 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B824-31/19

Herr Dr. Steffens

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Kasbohm

. bringt einen Änderungsantrag ein:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Pachtzins für die im Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e. V. organisierten Kleingartenanlagen wird ~~für einen Zeitraum von 10 Jahren~~ beginnend ab 01.01.2019 bis zur Gültigkeit der nächsten Kleingartenkonzeption längstens jedoch auf 10 Jahre auf 8 Cent/m² festgesetzt.“

Herr Maas

. informiert über eine diesbezügliche Stellungnahme der Verwaltung.

Dies würde zu einem großen Verzicht auf der Vertragsseite der Universitäts- und Hansestadt Greifswald führen. Ausgangslage für die Planungen sei eine existierende Kleingartenkonzeption gewesen.

Laut Durchführungserlass dürfe bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt die Nutzung nur zum vollen Wert überlassen werden. Andernfalls müsse man die Abweichungen gegenüber der Genehmigungsbehörde nachweisen.

Frau Dr. Wölk

. sagt, dass dies bereits Bestandteil der aktuellen Beschlusslage sei. Es werde derzeit auf die Erarbeitung der Kleingartenkonzeption gewartet und danach würden die Pachten der Kleingärten noch einmal diskutiert.

. sieht keinen Grund, die aktuelle Beschlusslage zu verändern.

Frau Socher

. schlägt den Änderungsantrag von Herrn Dr. Kasbohm in abgewandelter Form vor:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Pachtzins für die im Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e. V. organisierten Kleingartenanlagen wird ~~für einen Zeitraum von 10 Jahren~~ beginnend ab 01.01.2019 bis zur Gültigkeit der nächsten Kleingartenkonzeption auf 8 Cent/m² festgesetzt.“

Herr Dr. Steffens

. informiert, dass die Änderung von Herrn Dr. Kasbohm/Frau Socher nicht übernommen werde.

. kritisiert, dass Herr Maas auf Nachfrage in der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am 03.12.2018 verneint habe, dass diese

Vorlage vor dem Haushalt behandelt werden müsse.

Frau Dr. Wölk

. wiederholt, dass der jetzige Beschlusstext mit der aktuellen Beschlusslage inhaltlich übereinstimme.

Herr Dr. Kasbohm zieht den Änderungsantrag zurück.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Pachtzins für die im Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e. V. organisierten Kleingartenanlagen wird für einen Zeitraum von 10 Jahren beginnend ab 01.01.2019 auf 8 Cent/m² festgesetzt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	25	2

TOP 9.9. Kein Anschlusszwang für Kleingärtner an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung

06/1648 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B825-31/19

Herr Dr. Steffens

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,

dass die Maßnahme unter „Ziff. 9. ZE 9“ der Ergebnisse der AG „Saubere Stadt“ nicht durch die Stadtverwaltung umzusetzen ist und nur alle anderen Anregungen aus den Ergebnissen entsprechend dem am 22.10.2018 gefassten Beschluss der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald „Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II) - 06/1549.1“ als eine Arbeitsgrundlage für die Stadtverwaltung umzusetzen sind.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	17	5

TOP 9.10. Modellbaukommune Greifswald

06/1653 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B826-31/19

Herr Rodatos

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Kremer

. informiert, dass „BIM“ (Building Information Modeling) irgendwann eingeführt werde. Die Frage sei jedoch, ob die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hier Vorreiter sein müsse.

. erinnert an die bevorstehenden großen Bauvorhaben und den damit verbundenen Arbeitsaufwand. Jede zusätzliche Aufgabe, die nebenbei noch bearbeitet werden müsse, sei objektiv nicht leistbar.

Herr König

. gibt Herrn Kremer Recht, dass sich die Umsetzung aufgrund des Zeitaufwandes schwierig gestalten. Jedoch werde BIM irgendwann als Standard gefordert und dann müsse so oder so Personal dafür eingesetzt werden. Daher wäre es sinnvoller, sich

bereits jetzt damit auseinanderzusetzen.

Herr Dr. Steffens

. sagt, dass es dieses Modell auch auf Bundesebene gebe und plädiert dafür, diese Ergebnisse abzuwarten. Das Fachamt sei bereits am Ende seiner Kapazitäten.
 . findet die Ansätze gut, jedoch sollte man dies nicht jetzt umsetzen.

Herr Rodatos

. ist sich bewusst, dass die Verwaltung in dem Fachbereich sehr beansprucht werde. Daher sei auch absichtlich keine Beschlusskontrolle in die Beschlussvorlage aufgenommen worden.
 . spricht sich für die Vorreiterfunktion der Universitäts- und Hansestadt Greifswald aus. Erst einmal solle die Anschubfinanzierung von Bund und Land beantragt werden.
 . erklärt, dass der Bund bereits die erste Förderphase abgeschlossen habe und sich nun in der zweiten befinde. Das Kompetenzzentrum auf Bundesebene sei bereits gegründet worden. Fraglich sei nun, wer dies als erstes auf kommunaler Ebene umsetze.

Herr Lange

. hält eine möglichst frühzeitige Beschäftigung der Kommune mit diesem Thema für wichtig.

In der jetzigen Situation sei erst einmal angebracht, zu analysieren

- was dieses Vorhaben der Stadt bringe,
- inwieweit die beteiligten Unternehmen bereit dazu seien und
- inwieweit das Projekt auf kommunaler Ebene durchführbar sei.

Der zweite Schritt sei dann die Erstellung des Konzeptes.

Herr Dr. Kasbohm

. sagt, dass die genannten Punkte von Herrn Lange durch dieses Konzept abgedeckt werden sollen.

Herr von Malotki

. beantragt, die Punkte einzeln abzustimmen.

Es gibt eine formale Gegenrede.

Frau Socher lässt über die Einzelabstimmung der Punkte abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	16	3

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

I. Antrag für eine Modellbaukommune Greifswald: Implementierung von BIM für Greifswalder Bauprojekte

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, ein Konzept für eine „Modellbaukommune Greifswald“ zu entwickeln. Im Mittelpunkt des Konzepts soll die Implementierung von Building Information Modeling (BIM) in die Planung und Umsetzung von Bauprojekten der Stadt stehen. Das Konzept soll als Grundlage für eine Bewerbung auf Fördermittel bei den zuständigen Ministerien des Landes und des Bundes dienen und konkrete Maßnahmen und personelle Maßgaben vorsehen, die im Zuge der Fördermittelzusage realisiert werden. Dabei soll die Stadt proaktiv regionale Akteure des Handwerks und der Bauwirtschaft frühzeitig einbinden und damit eine regionale Implementierung von BIM ermöglichen.

2. Die Stadtverwaltung wird angehalten, im Rahmen der Konzepterstellung gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Planen und Bauen zusammenzuarbeiten und Unternehmen und Akteure in Deutschland einzubinden, die bereits Erfahrungen in der Implementierung von BIM besitzen. Zur Unterstützung der Konzepterstellung und der Möglichkeit der überregionalen Vernetzung wird die Stadtverwaltung angehalten, die Vorteile einer Mitgliedschaft im Netzwerk buildingSMART Germany zu prüfen.
3. Für die Erstellung des Konzepts zur „Modellbaukommune Greifswald“ wird die Stadtverwaltung angehalten, die Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern, die Kreishandwerkerschaft Greifswald-Ostvorpommern, die Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern und den Unternehmerverband Vorpommern proaktiv mit einzubinden. Das Konzept soll im Zuge der Fördermittelbeantragung konkrete Aussagen zu die Einwerbung von Fördermitteln für regionale und lokale Betriebe und Unternehmen der Bauwirtschaft beinhalten, um die notwendigen Investitionen für die Implementierung von BIM in kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern.

II. Für einen Mentalitätswechsel: Tag des Handwerks an Greifswalder Schulen

- Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, in enger Abstimmung mit den unter I. genannten Kooperationspartnern, für die beruflichen Möglichkeiten im Handwerk an den Greifswalder Schulen zu werben. Hierfür wird ein jährlicher Tag des Handwerks an den weiterführenden Schulen in Greifswald angeregt, an dem sich die Greifswalder Schülerinnen und Schüler über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten im Handwerk informieren können. Die Umsetzung der Maßnahme soll im Jahr 2019 erfolgen.

III. Faire Löhne in der Baubranche, insbesondere auf den Baustellen der Stadt

- Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald bekennt sich zu der Notwendigkeit von fairen und gerechten Löhnen in der Bauwirtschaft als wesentlicher Schlüssel für die Gewinnung von Fachkräften. Zur Umsetzung dieses Ziels wird der Oberbürgermeister beauftragt, zu prüfen, inwieweit die Stadt Greifswald Rahmenbedingungen für Vergaben erlassen kann, die über die im Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Mecklenburg-Vorpommern Vorgaben hinaus gehen (Mindest-Stundenentgelt von 9,80 Brutto) und sich an den jeweiligen Tarifverträgen der Branchen orientieren. Die Stadtverwaltung soll im Zuge der Prüfung für ein bereits abgeschlossenes Bauprojekt der Stadt etwaige Mehrkosten der Bürgerschaft und ihren Gremien zur Kenntnis geben.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	13	0

TOP 9.11. Rauchverbot auf Kinderspielplätzen

06/1656 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B827-31/19

Herr Al Najjar

- . bringt die Beschlussvorlage ein und geht auf die Gefahren für Kinder durch die Zigaretten ein.
- . beantragt namentliche Abstimmung.

Auf den Hinweis, dass dies nur durch eine Fraktion beantragt werden könne, zieht Herr Al Najjar diesen Antrag zurück.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Das Rauchen auf Spielplätzen im Stadtgebiet der Universitäts- und Hansestadt ist verboten.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur 2. Sitzung der Bürgerschaft im Jahre 2019 eine entsprechende Verordnung zur Beschlussfassung vorzulegen, die auch eine Bußgeldbewährung bei Verstößen vorsieht.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

Frau Dr. Wölk befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht an ihrem Platz.

TOP 9.12 Neuaufnahme von Verhandlungen zum Hansering

06/1730 Die Präsidentin der Bürgerschaft

B828-31/19 . ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert über den heutigen Posteingang einer diesbezüglichen Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Dr. Kerath

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau von Busse

. fasst zusammen, dass es EFRE-Förderungen gebe, die derart miteinander verquickt seien, dass aus zwei Förderzielen bestimmte Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Da die Mittel für die Schule gewollt gewesen seien, habe man ein zweites Projekt ausgewählt.

Für den Parkplatz an der Klosterruine gebe es bisher lediglich Ideen.

Die EFRE-Förderperiode ende 2020 und müsse bis 2021 abgerechnet werden. Die Zeit reiche für das Projekt „Parkplatz“ nicht aus. Dadurch würden 10 Mio. EUR Förderung für die Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" riskiert.

Für die 3,5 Mio. EUR sei bereits vor Monaten der erhöhte Förderantrag gestellt worden, der derzeit im Ministerium geprüft werde. Bisher sei keine Ausweglosigkeit signalisiert worden. Daher seien auch die Annahmen im Haushalt zutreffend. Es bestehe aus Sicht der Verwaltung kein Grund, die Diskussion erneut zu eröffnen.

Nicht die Verwaltung habe sich für den Hansering entschieden, sondern durch Beschlüsse der Bürgerschaft von 2015 sei dies festgelegt worden. Demzufolge habe die Verwaltung mit den Planungen begonnen.

. informiert, dass der Antrag bereits am 20.08.2018 an das Ministerium geschickt worden sei.

Herr Madjarov

. geht auf die Behauptung von Herrn Dr. Kerath über eine Kostensteigerung von 3,5 Mio. EUR auf 7 Mio. EUR ein und stellt den Hergang dar.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass die steigenden Kosten durch höhere Fördergelder ausgeglichen werden.

. hätte sich von der Verwaltung gewünscht, dass sie die Mitglieder der Bürgerschaft im Vorfeld darauf hingewiesen hätte.

Man könne nicht behaupten, dass die Bürgerschaft das Projekt nicht gewollt habe.

Man müsse das Projekt vergeben, sonst bleibe die Stadt auf einigen Kosten sitzen. 350 TEUR seien bereits in die Planungsleistungen investiert worden. Weitere 690 TEUR seien schon fest vergeben.

. spricht sich gegen die Beschlussvorlage der SPD-Fraktion aus.

Herr Multhauf

. spricht sich für die Beschlussvorlage aus.

. sei es wichtig, dass dieses Projekt nicht umgesetzt werde.

. geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die einzigen Privatleute, die durch die Umgestaltung des Hanserings vor ganz neuen Herausforderungen stehen würden, wären die Eigentümer des Hotels.

. stellt klar, dass die Vorschläge zu den Projekten von der Verwaltung gemacht worden seien. Die Zustimmung sei daher erfolgt, da der Bürgerschaft eingeredet worden sei, dass nur dann die Fördermittel für die Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" gewährt

werden würden.

Herr König

- . unterstützt die Stellungnahme der Verwaltung.
- . berichtet von einer Aussage von Herrn Madjarov, dass es sich beim Projekt Hansering wahrscheinlich um das erste und einzige Fahrradprojekt in Greifswald handele, welches sich auf der Höhe der Zeit befinde.
- . schlägt vor, die offenen Fragen zu diesem Projekt in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung am 15.01.2019 zu klären.

Herr Dr. Steffens

- . bittet um Stellungnahme des Oberbürgermeisters zu dieser Thematik.

Herr Dr. Fassbinder

- . steht selbstverständlich hinter der Stellungnahme der Stadtverwaltung.
 - . stellt klar, dass nicht entscheidend sei, was das Ministerium in Schwerin sage, da es sich um Gelder von der EU handele und somit die EU über die Rückzahlung der Fördermittel entscheide.
- Seitdem bekannt sei, dass das Projekt Hansering teurer werde, bemühe sich die Stadtverwaltung um weitere Finanzierungsmöglichkeiten.
- Vom Land erfolge eine baufachliche Prüfung, welche bereits positiv beschieden worden sei. Nach dieser Prüfung nehme sich das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern der Angelegenheit an. Gleichzeitig sei am 19.12.2018 ein Antrag auf Sonderbedarfszuweisung an das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern gestellt worden. Bis Ende Februar werde ein Antrag auf Kofinanzierung beim Land gestellt.
- . bittet um Ablehnung der Beschlussvorlage.

Herr Rodatos

- . stellt einen Geschäftsordnungsantrag, die Redezeit der Fraktionen um 4 min zu verlängern.

Herr Dr. Meyer

- . stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, diese Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

Herr von Malottki und Herr König

- . halten eine Gegenrede zu Herrn Dr. Meyers Antrag.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Vorlage in die Fachausschüsse zurückverwiesen werden soll:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	mehrheitlich	0

Frau Socher lässt darüber abstimmen, die Redezeit um 4 min pro Fraktion zu verlängern:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	22	12	

Frau von Busse

- . warnt davor, dass mit diesem Beschluss signalisiert werden könnte, dass die Bürgerschaft nicht hinter dem Projekt stehe. Damit gäbe es für das Ministerium keinen Grund mehr, nach weiteren Fördermöglichkeiten zu suchen.

Herr Rodatos

- . versteht nicht, weshalb die Park-and-ride-Maßnahme ausgeschlossen werde.
- . fragt, ob die ÖPNV-Maßnahmen ausschließlich in der Prioritätenachse 3 im Ziel 4 vorgesehen seien. Im Ziel 6 in der Prioritätenachse 4 seien explizit Luftverschmutzungsmaßnahmen und Umweltmaßnahmen aufgeführt. Das bedeute, dass man theoretisch begründen könne, dass die Wendeschleife da hinein passe.
- . fragt, welche Höhe die Planungskosten betragen.

Es wird bestätigt, dass es sich um die 690 TEUR handle.

Frau Schinkel

- . informiert, dass der Stellungnahme eine Anlage 3 beigelegt sei, bei der es sich um den Projektauftrag 2015 handle. Auf der Seite 2 des Schreibens stehe unter Punkt 2, dass ÖPNV-Maßnahmen über dieses EFRE-Programm nicht zuwendungsfähig seien. Es gebe ein weiteres EFRE-Förderprogramm speziell für den ÖPNV. Man werde versuchen, für den park-and-ride-Parkplatz Mittel zu akquirieren.
- . verweist auf Seite 3 desselben Schreibens. In den letzten zwei Zeilen des Schreibens würden die Zielsetzungen der einzelnen Maßnahmen definiert.

Herr Krüger

- . erwartet von der Verwaltung, dass, wenn keine Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, eine Lösung zur Finanzierung des Projektes und diesbezüglich auch zum Umgang mit der Integrierten Gesamtschule "Erwin Fischer" gefunden werde.
- . schätzt das Defizit ohne Bereitstellung der EFRE-Mittel als ziemlich hoch ein.
- . erwartet, dass keine Ausschreibungen bis zur schriftlichen Fördermittelzusage erfolgen. Wenn die Verwaltung dies zusichere, werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 diese Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Multhauf

- . schließt sich dem Antragsteller an und fordere jedoch sofortige Verhandlungen.
- . entgegnet der Aussage von Frau Schinkel in der Stellungnahme, dass die SPD-Fraktion in ihrer Vorlage eine Falschaussage getroffen habe.
- . fordert den Oberbürgermeister auf, ein anderes Projekt zu finden und einen sofortigen Stopp weiterer Ausschreibungen zu veranlassen.

Herr Dr. Kerath

- . stellt klar, dass es in dieser Beschlussvorlage nur um Verhandlungen gehe.
- . sagt wortwörtlich: „Wir beantragen namentliche Abstimmung für diese Vorlage.“

Frau von Busse

- . macht wiederholt darauf aufmerksam, dass bei der Aufnahme von Verhandlungen das Projekt in Frage gestellt werde.
- Ausschreibungen werden erfolgen, sobald es eine Fördermittelzusage gebe.

Herr Rodatos

- . bringt einen Änderungsantrag ein.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Rodatos abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Aufnahme der Maßnahme „Buswendeschleife in Greifswald Eldena“ in das von der Bürgerschaft am 3. und 27. April 2015 beschlossene ISEK Strategiepapier auf Rang 2

und beauftragt den Oberbürgermeister:

1. *Mit dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, für den Projektauftrag 2015 betreffend die EFRE-Förderperiode 2014-2020 bei dem Ziel 6 das Vorhaben „Umgestaltung Hansering 1. BA“ durch das Projekt „Buswendeschleife in Greifswald Eldena“ auszutauschen. Der Austausch des Projektes „Umgestaltung Hansering 1. BA“*

erfolgt nur unter folgenden Bedingungen: keine Rückforderung der Fördermittel für das Projekt Fischer-Schule, sowie finanzielle Entlastung des städtischen Haushaltes durch eine Gegenüberstellung aller Kosten für das Projekt „Umgestaltung Hansering 1. BA“ und der Maßnahme „Buswendeschleife“ in Greifswald/Eldena. Ferner gilt es, die fristgerechte Abrechnung für die Maßnahme „Buswendeschleife“ in Greifswald/Eldena beim Fördermittelgeber zu berücksichtigen.

2. Bis zum Abschluss der Verhandlungen keine Ausschreibungen und Vergaben zu dem Projekt „Umgestaltung Hansering 1. BA“ vorzunehmen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	mehrheitlich	2

Herr Dr. Rose

. sagt, dass Herr Dr. Kerath den Antrag auf namentliche Abstimmung in der „Ich-Form“ gestellt habe. Er habe nichts von seiner Fraktion gesagt. Damit handele es sich um einen Geschäftsordnungsantrag eines einzelnen Mitgliedes der Bürgerschaft, über den abgestimmt werden müsse.

Frau Socher

. fasst zusammen, dass Herr Dr. Kerath den Antrag auf namentliche Abstimmung nicht im Namen seiner Fraktion gestellt habe und dies auch nicht richtig gestellt habe.
 . lässt daher über den Antrag von Herrn Dr. Kerath auf namentliche Abstimmung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	mehrheitlich	3

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Aufnahme der Maßnahme „Buswendeschleife in Greifswald Eldena“ in das von der Bürgerschaft am 3. und 27. April 2015 beschlossene ISEK-Strategiepapier auf Rang 2

und beauftragt den Oberbürgermeister:

1. Mit dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, für den Projektauftrag 2015 betreffend die EFRE-Förderperiode 2014-2020 bei dem Ziel 6 das Vorhaben „Umgestaltung Hansering 1. BA“ durch das Projekt „Buswendeschleife in Greifswald Eldena“ auszutauschen.
2. Bis zum Abschluss der Verhandlungen keine Ausschreibungen und Vergaben zu dem Projekt „Umgestaltung Hansering 1. BA“ vorzunehmen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	24	2

Herr Dr. Kerath

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, eine persönliche Erklärung abgeben zu können.
 . kritisiert, dass es bisher immer klar gewesen sei, dass solch ein Antrag im Namen der Fraktion gestellt werde.

Herr Multhauf

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung.
 . missbilligt das eben erfolgte Vorgehen. Wenn ein Fraktionsvorsitzender einen Antrag auf namentliche Abstimmung stelle, sei dies automatisch ein Antrag der Fraktion. Wenn ein einzelnes Mitglied der Bürgerschaft einen Antrag stellen würde, sei die Frage berechtigt, ob es sich um einen Antrag der Fraktion handele oder nicht.

TOP 9.13. Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss B806-31/18

06/1731 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B829-31/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über Variante A der Beschlussvorlage abstimmen:

- A) *„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gibt dem Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 28.12.2018 gegen den in der Sitzung der Bürgerschaft vom 17.12.2018 gefassten Beschluss B806-31/18 statt.*
1. *Der Beschluss wird aufgehoben.*
 2. *Die Entscheidung zur Sache – Neufassung der Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung – wird vertagt auf die Sitzung der Bürgerschaft am 21.02.2019.*
- B) *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gibt dem Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 28.12.2018 gegen den in der Sitzung der Bürgerschaft vom 17.12.2018 gefassten Beschluss B806-31/18 nicht statt.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kasbohm

. stimmt Herrn Dr. Kerath zu, dass es bisher so gehandhabt worden sei, dass die Fraktionsvorsitzenden einen Antrag auf namentliche Abstimmung im Namen der Fraktion stellen.

. regt an, dass sich die Fraktionsvorsitzenden präzisieren und genauere Anträge formulieren.

Herr Madjarov

. berichtet von der Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

. betont, dass vor allem Delegierte aus den alten Bundesländern vertreten gewesen seien und bittet, die Fraktionen in den Parteien besonders in Mecklenburg-Vorpommern dafür zu werben, dass sich mehr Kommunen daran beteiligen.

Herr Jaap übernimmt während des Redebeitrages von Herrn Madjarov die Sitzungsleitung.

Herr Multhauf

. erbittet vom Oberbürgermeister die Bestätigung, dass, solange die Frage der zusätzlichen Fördermittel für den Hansering nicht geklärt sei, es keine weitere Ausschreibung geben werde.

Frau Socher übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass Frau von Busse, als seine Stellvertreterin, bereits in seinem Namen darauf geantwortet habe.

. wiederholt noch einmal, dass eine vorherige Ausschreibung nicht möglich sei, da dies förderschädlich wäre.

Herr von Malottki

- . geht auf die begonnene Novellierung des KiFöGs ein. Hierbei werde vor allem die Beitragsfreiheit thematisiert. Außerdem sei eine Umstellung des Finanzierungssystems auf eine Pauschale pro Kind enthalten. Dazu gebe es eine Anhörung bei dem auch der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. angehört werde.
- . ist der Meinung, dass diese Pauschale für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald absolut positiv sei und bittet den Oberbürgermeister, sich zeitnah gegenüber dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. für diese Pauschale und das derzeit geplante Verfahren einzusetzen.
- . kritisiert das Verhalten des Präsidiums bezüglich der namentlichen Abstimmung.

Frau Socher

- . sagt, dass Herr Dr. Kerath auf die Anmerkung von Herrn Dr. Rose hin, die Möglichkeit gehabt habe, die Problematik richtig zu stellen und den Antrag im Namen seiner Fraktion zu stellen. Dies sei nicht erfolgt.

Herr Liedtke

- . bittet zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft um eine Mitteilung zur Problematik der Wildschweine, ob und in welcher Form es eine Reduzierung gebe. Im Ostseeviertel und in Eldena sei es erneut zu erheblichen Schäden gekommen.
- . bittet die Verwaltung, um Besichtigung des Bereiches Ummanzer Weg/Alfred-Wegener-Straße/Knud-Rasmussen-Straße Straße. Es gebe dort erhebliche Probleme bei der Verkehrssituation.
- . ergänzt den Bericht zur Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und kritisiert ebenfalls, dass im Präsidium oder bei einigen Workshops nur Vertreter aus den alten Bundesländern vertreten gewesen seien.

Herr Dr. Kerath

- . beantragt, den Audio-Mitschnitt dieser Sondersitzung der Bürgerschaft für ein Jahr aufzubewahren.
- . sagt, dass Frau von Busse zu Beginn der Sitzung im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot in dieser Stadt auf den B-Plan 13 eingegangen sei. Bisher sei der B-Plan 13 nicht auf der Tagesordnung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung enthalten.
- . möchte wissen, was passieren müsse, damit es diesbezüglich vorangehe und sozialer Wohnungsbau umgesetzt werden könne.

Der Oberbürgermeister

- . antwortet, dass sich die Stadt selbstverständlich an der Anhörung zum KiFöG beteiligen werde. Derzeit werde der Entwurf gesichtet und die Antworten aus der Verwaltung gesammelt. Danach werde die Verwaltung eine Stellungnahme formulieren. Die Thematik der Wildschweine werde beobachtet. Sobald die Mittel des Haushaltes freigegeben würden, werde ein Stadttjäger eingestellt. Der Eindruck sei jedoch, dass die Belastung durch die Wildschweine eindeutig zurückgegangen sei. Sollte dies wieder zunehmen, werde versucht, mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren.

Frau von Busse

- . antwortet, dass zum B-Plan 13 noch Einwände bezüglich des Lärms aufgekommen seien. Dafür werde derzeit eine Lösung gesucht und dann eine entsprechende Beschlussvorlage in die Gremien gegeben.

TOP 11. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die Sitzung der Bürgerschaft um 20:46 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Zu TOP 8.1: PowerPoint-Präsentation zur Verbilligungsrichtlinie zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus